Der Sturm in der SPD.-Funktionärversammlung / Heute im Innern des Blattes

13. Jahrgang / Nr. 230 Preis für Groß-Berlin 10 Pfennig Auswärts 15 Pfennig Berlin, Donnerstag, 2. Oktober 1930

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: E 1 Berolina 5481. Geschäftszeit des Verlages von ½9 Uhr bis ½17 Uhr. Juristische Sprechstunde: Dienstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr.

Erscheint täglich außer Montags

Tel.-Adresse: Rotfahne Berlin. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank Berlin, Dep.-Kasse Belle-Alliance-Pl. Vereinigte Zeitungsverlage, G. m. b. H. Postscheckkonto Berlin NW 279 70

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 3,— Mark einschließlich Trägerlohn in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. — Vorauszahlbar. Postbezug inkl. Bestellgeld 3,50 Mark; Streifband im Inland sowie nach Oesterreich, Litauen, Luxemburg, Danzig, Memel- und Saargebiet 4,50 Mark, übrige Länder 4,80 Mark.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Nonpareillezeile 70 Pf. Arbeiterorganisations- und Familienanzeigen: Zeile 40 Pf. Kleine Anzeigen: Wort 15 Pf., Ueberschriftswort 25 Pf., besonders stark 50 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf. Anzeigenabteilung: Kleine Alexanderstr. 28. Tel.: (E 1) Berolina 1888, 1918.

Unsere Antwort an Brüning

Die Kommunisten fordern

Gegen das faschistische Raubprogramm der Herrschenden — Kampf für Brot und Freiheit unter Führung der Kommunistischen Partei

Die Hindenburg-Brüning-Regierung hat ihr faschistisches Hungerprogramm im Auftrage des deutschen Finanzkapitals veröffentlicht.

Angeblich ein „Programm der Rettung" — in Wirklichkeit ein Programm der Aufbürdung der mörderischen Lasten des verbrecherischen Young-Planes und der kapitalistischen Wirtschaftskrise auf die arbeitenden Massen.

Angeblich ein „Sparprogramm" — in Wirklichkeit die brutalste Hungerblockade gegen das ganze werktätige Volk.

Gestützt auf die alarmierte Schupo der Waentig und Frick, auf die marschbereite Reichswehr der Hammerstein und Schleicher, will Brüning sein Programm der faschistischen Diktatur durchführen. Er will dabei unter höhnischer Vergewaltigung der Millionen Wählermassen den Reichstag als überflüssig und unbequem gewordene demokratische Kulisse der Ausbeuterdiktatur mit einem Fußtritt beiseite schleudern. Er hat sich bereits die aktive Mitarbeit der Sozialdemokratie in den Verhandlungen mit Otto Braun gesichert. Er hat die Gewißheit, daß die Nazi-Führer in den Landesregierungen (Thüringen, Braunschweig) ihn bei der Durchführung seines Diktaturprogrammes unterstützen werden.

Lohnraub für die Arbeiter aller Industrien, Gehaltsabbau für die Beamten und Angestellten, Raub der Arbeitslosenunterstützung, neue Lasten durch Steuern und Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, Erhöhung der Mieten und Abbau des Mieterschutzes, verschärfter Zollwucher — mit einem Wort: unsägliche Not für die werktätigen Massen! — das ist das Brüning-Programm.

Dafür werden den Besitzenden Milliardengelder durch Steuererlaß, Steuersenkungen, Subventionen und Geschenke an die Großagrarier in den Rachen geschleudert.

Mehr als 5 Milliarden jährlich an neuer Ausplünderung — das sind die Milliardenzahlungen für den Young-Plan und dazu noch neue Riesenprofite für die deutschen Finanzkönige, für die Scharfmacher der Industrie, der Börse und des Agrarkapitals.

Die Kommunistische Partei Deutschlands, gestützt auf das Vertrauen von 4,6 Millionen Wählern, stellt dem Raubprogramm des Finanzkapitals, das Brüning präsentiert, das die Faschisten und Sozialfaschisten unterstützen, die unmittelbaren Kampfesforderungen der werktätigen Massen in Stadt und Land entgegen. Sie setzt dem verlogenen „Sparen" der kapitalistischen Katastrophenpolitiker ein wirkliches Sparen, die ersten Forderungen zur Durchbrechung der Ausplünderung durch das in- und ausländische Kapital entgegen.

Das Programm der Reichen und Satten

Hier der Brüning-Entwurf:

6 Prozent Gehaltsabbau für Beamte und Angestellte im Reich	120	Millionen im Jahre
Dasselbe für Länder, Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost	400	Millionen im Jahre
Kürzungen der Ueberweisungen an Länder und Gemeinden	100	Millionen im Jahre
Kürzung der Reichszuschüsse an die Arbeitslosenversicherung	265	Millionen im Jahre
Abstriche am Sozial- und Kulturetat des Reiches	300	Millionen im Jahre
Erhöhung der Tabaksteuer	177	Millionen im Jahre
Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2 %	250	Millionen im Jahre
Ferner neue Lasten durch Lohnabbau, Miets- und Zollerhöhung	3500	Millionen im Jahre
Insgesamt:	5112	Millionen im Jahre

Die Forderungen für die Armen und Hungernden

Hier die Reichstagsanträge der KPD.:

Sofortige Einstellung der Zahlungen des Young-Plans	2000	Millionen im Jahre
Streichung der Ausgaben für die Reichswehr	750	Millionen im Jahre
Streichung der Bürgerkriegsausgaben für die Polizei	600	Millionen im Jahre
Sondersteuer auf Millionäre (20 Prozent)	1800	Millionen im Jahre
Besteuerung der Dividenden (20 Prozent)	320	Millionen im Jahre
Sondersteuer auf Aufsichtsrats-Tantiemen (20 Prozent)	200	Millionen im Jahre
Sondersteuer auf die großen Einkommen über 50 000 M. (20 %)	380	Millionen im Jahre
Streichung aller Subventionen	500	Millionen im Jahre
Einziehung aller hohen Gehälter der Beamten, Angestellten in öffentlichen Stellen (über 8000 Mark) und der Riesenpensionen (über 6000 M.)	200	Millionen im Jahre
Streichung der Ausgaben für die Kirche, Zensur, Teno, Schlichtungswesen	300	Millionen im Jahre
Insgesamt:	7150	Millionen im Jahre

7150 Millionen für die Armen! Das ist die Forderung der Kommunisten!

7150 Millionen für Brot und bessere Existenz der Armen! Das ist die Forderung der Kommunisten gegen das Ausbeutungsprogramm der Reichen.

Zuerst für die Arbeitslosen, für deren Wiedereinstellung in den Produktionsprozeß die **sofortige Einführung des Siebenstundentages** bei vollem Lohnausgleich. Für die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung einheitlich nach zwei Wirtschaftsgebieten. In Städten mit 10 000 Einwohnern und darüber für den Hauptunterstützungsempfänger 22 Mark pro Woche, für den unterhaltsberechtigten Angehörigen vier Mark pro Woche. In ländlichen Gebieten und Städten unter 10 000 Einwohnern für den Hauptunterstützungsempfänger 20 Mark pro Woche und für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen drei Mark pro Woche. Die Auszahlung dieser Unterstützung hat vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit bis zum Wiedereintritt in den Produktionsprozeß zu erfolgen. Anspruch auf diese Unterstützung soll jeder Versicherte im Falle der Arbeitslosigkeit haben.

Erhöhung der Unterstützungen für die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Sofortige Bereitstellung einer einmaligen ausreichenden **Winterbeihilfe.** Erhöhung der Renten für die Invaliden- und Unfallrentenempfänger. **Ausbau der Kriegsopferversorgung** durch Erweiterung des Kreises der Versorgungsberechtigten und durch die Erhöhung der Renten für die Kriegsopfer, die Witwen und Waisen.

Die 7150 Millionen können ferner verwandt werden für den **Ausbau der Fürsorgepolitik** in den Gemeinden, für Ausbau des sozialen Schutzes für Mutter und Kind, für Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen, für ausreichende Kinderspeisung in den Schulen.

Diese Gelder müssen nicht zuletzt verwandt werden für eine **umfassende Hilfsaktion zugunsten des darbenden Mittelstandes.**

Die Mietpreise können gesenkt und neue Wohnungen für die Werktätigen geschaffen werden.

Hilfe und Unterstützung aber auch den notleidenden Kleinbauern und den Kleingewerbetreibenden durch Senkung der Steuerlast, durch Kreditgewährung und Pfändungsverbote.

Die 7150 Millionen Reichsmark, welche nach den Forderungen der Kommunistischen Partei aufgebracht werden können, nur für die Armen, nur für die Werktätigen!

Nur im rücksichtslosen Kampf können die Massen ihre Forderungen durchsetzen

Die kommunistischen Forderungen sind ein Appell an die werktätigen Massen in ganz Deutschland, den Kampf gegen das faschistische Hungerprogramm mit allen Mitteln aufzunehmen. Keine Illusion, daß diese Forderungen ohne die **breiteste außerparlamentarische Mobilisierung des werktätigen Volkes** verwirklicht werden können!

Schließt das Kampfbündnis der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen, und darüber hinaus das Kampfbündnis aller Arbeiter mit dem werktätigen Mittelstand und den schaffenden Bauern! Organisiert den Streik der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen jeden Lohn- und Gehaltsraub! Verweigert geschlossen die Diktatursteuern! Rüstet zum politischen Massenstreik gegen den faschistischen Staatsstreich!

Die **Programmerklärung der Kommunistischen Partei zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes** zeigt euch den Weg zur Erkämpfung eines freien sozialistischen Sowjetdeutschland. Sowjetdeutschland wird das Doppeljoch des deutschen und ausländischen Kapitals brechen, alle unproduktiven Ausgaben und jede Ausbeutung der arbeitenden Menschen beseitigen.

Die Kommunistische Partei ruft zur Bildung der großen antikapitalistischen und antifaschistischen Einheitsfront. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition kämpft für Lohn und Brot der Arbeiterklasse. Eine Welle des stürmischen Kampfwillens, eine Welle von Volksversammlungen und Betriebsversammlungen muß über das Land gehen! Die Kommunistische Partei führt euch im Kampfe für Brot und Freiheit!